



(Symbolfoto: SSI)

Braucht die EU einen Währungsfonds?

VON MICHAEL WOHLGEMUTH

Nunmehr steht ein Europäischer Währungsfonds (EWF) wieder oben auf der Agenda. Dafür haben sich in jüngster Zeit sowohl der französische Präsident Emmanuel Macron als auch die deutsche Kanzlerin Angela Merkel, Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und selbst Klaus Regling, Direktor des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) - der durch einen EWF ersetzt werden könnte -, ausgesprochen. Freilich unterscheiden sich die Ansichten, was ein EWF leisten soll und wie über die Mittel entschieden werden soll, fundamental.

Deutsche Sicht: Ein EWF soll den IWF ersetzen

Rein ökonomisch betrachtet, ist die Notwendigkeit eines Europäischen Währungsfonds fragwürdig. Es gibt ja bereits den Internationalen Währungsfonds (IWF), der seit Jahrzehnten Erfahrungen mit Staatsschuldenkrisen gesammelt hat. Eine Studie, die unlängst vom Europäischen Parlament in Auftrag gegeben wurde, kommt denn auch zu dem Schluss, der einzig nachvollziehbare Grund für die Schaffung eines EWF sei politisch und symbolisch: Es ginge einfach darum, «es ohne den IWF zu tun». Es trafe nicht zu, dass dem IWF die notwendigen Mittel fehlten, größere Staaten der Eurozone zu retten, solange die bewährte Praxis beibehalten würde, bei anderen betroffenen Staaten die Ko-Finanzierung einzuholen.

Bis Ende des Jahres plant die Europäische Kommission, ihre Pläne zur Schaffung eines Europäischen Währungsfonds (wenn auch vielleicht noch nicht unter diesem Namen) bekannt zu machen. Ideen für ein neues Vehikel zur Behandlung von Schuldenkrisen in der Eurozone kursieren bereits seit 2010, als Deutschland einen solchen Vorschlag machte. Mit dem Argument, hierfür würden Änderungen der EU-Verträge nötig, wurde die Idee indes gleichzeitig auf die lange Bank verschoben.

Freilich trifft auch zu, dass die gesamte Struktur des Krisenmanagements der Eurozone allzu komplex, zeitaufwändig und politisiert ist. Der Kommission obliegt die Krisenvorsorge und Überwachung; sie ist auch Teil der «Troika» (mit der Europäischen Zentralbank und dem IWF) beziehungsweise der «Quadriga» (seit 2015 ist der ESM mit dabei) unterschiedlichster Institutionen, die die Rettungsmassnahmen mit den Krisenländern verhandeln. Die Freigabe der Mittel seitens des ESM wiederum erfordert Einstimmigkeit in der Eurogruppe der Finanzminister und die Zustimmung einiger Parlamente, wie vor allem des deutschen Bundestags.

Einige dieser Aufgaben könnten sicherlich in einem Europäischen Währungsfonds gebündelt oder zumindest koordiniert werden. Dies bedeutete freilich, bedeutsame Änderungen des Regelwerks und der Gewaltenteilung dort vorzunehmen, wo es um etwas überaus Empfindliches geht: die Souveränität von Staaten. Ein dem IWF nachempfundenem umfassender EWF wäre eine grosse und mächtige Institution (der IWF beschäftigt etwa 2700 Mitarbeiter; der ESM 122), die die Wirtschafts- und Fiskalpolitik ihrer Mitglieder überwacht, um Schuldenkrisen sowohl zu verhindern als auch zu lösen. Der

Fonds hätte zudem grosse politische Eigenständigkeit (beim IWF seitens des Exekutivdirektoriums) und würde mit qualifizierter Mehrheit entscheiden, wobei die Stimmen weitgehend nach Umfang der Kapitaleinlagen gewichtet wären. Ein solches System würden Politiker in Berlin, Brüssel oder Paris sicher nur in Teilen übernehmen wollen - und in jeweils verschiedenen Teilen.

Französische Sicht: Sehr viel mehr Gelder aus der Gemeinschaft

Warum hat die deutsche Regierung einen EWF überhaupt als erste ins Spiel gebracht? Die Sorge war, dass ohne den IWF die Quadriga, insbesondere die EU-Kommission, zu nachgiebig gegenüber den Ländern sei, die sie gleichzeitig überwacht und vertritt. Deshalb soll aus deutscher Sicht nun ein EWF den IWF ersetzen, die EZB aus Zielkonflikten via Teilhabe an der Quadriga lösen und die Rolle der Kommission zu einem guten Teil übernehmen. Ein EWF sollte weniger politisiert handeln und streng auf die Einhaltung von Strukturreformen und Fiskalregeln achten. Das Hauptargument aus deutscher Sicht lautet «moral hazard», also das moralische Fehl-

verhalten, das sowohl aufseiten der Kreditnehmer als auch der Kreditgeber vermieden werden soll. Die Gefahr besteht zum einen darin, dass sich Länder (oder Private) übermässig verschulden, da sie mit einem Bailout rechnen; zum anderen darin, dass Private (oder Banken) übermässig Kredite vergeben, da auch sie denken, am Ende Verluste nicht selbst tragen zu müssen. Ein solcher EWF würde auch streng auf die Schuldentragfähigkeit der Kreditnehmer achten, die notfalls durch geordnete Umschuldung oder Insolvenz nach dem Prinzip des vorrangigen «Bail-in» der Gläubiger zu geschehen hätte. Und schliesslich würden Kredite nur unter strenger Konditionalität (Geld gegen Reformen) vergeben.

In seiner grossen Rede zur Zukunft Europas dieses Jahr hat Macron einen EWF noch nicht erwähnt. Aber der grundsätzliche Ansatz Frankreichs war und bleibt derselbe: die Etablierung eines EWF als Stabilisierung- und Transferinstrument der Eurozone. Die französische Vision der Zukunft Europas beinhaltet stets «Solidarität», «Schutz» und «Risikoteilung». Fiskal-, Sozial- und Wirtschaftspolitik sollen möglichst umfassend harmonisiert werden - auf französischem Niveau. Konkret möchte Paris zudem ein eigenes Budget der Eurozone (in etwa dreimal so gross wie das bisherige EU-Budget), gefüllt durch EU-eigene Steuern, verausgabt von einem Europäischen Wirtschafts- und Finanzminister und kontrolliert von einem Eurozonen-Parlament. Jedenfalls ist das Ziel, sehr viel mehr Gelder gemeinschaftlich aufzubringen und diese eher diskretionär, ohne Auflagen der Haushaltsdisziplin oder Reform-Konditionalität für öffentliche Ausgaben, zu nutzen.

Wo wird sich der Kommissionsvorschlag zwischen diesen deutlich gegensätzlichen Plänen positionieren? Nach den jüngsten Äusserungen von

Jean-Claude Juncker kann man davon ausgehen, dass das Prinzip des ESM aufrechterhalten wird, wonach Rettungsgelder von der Implementierung des Fiskalpakts und der Anerkennung des Regelwerks unter Kommissionsaufsicht abhängen. Die Kommission möchte die Zügel künftig aber noch stärker in der Hand halten, assistiert vom Europäischen Parlament (anstelle eines gesonderten Eurozonen-Parlaments).

Es wird wohl dem Namen nach einen EWF geben. Materiell wäre dieser aber nicht sehr viel mehr als ein reformierter ESM.

Bisher gibt es keine regionalen Alternativen zum IWF. Heute bietet sich in der EU die Gelegenheit, die Aufgaben des ESM klarer zu strukturieren, teilweise zu erweitern und das Ganze schlicht «Europäischer Währungsfonds» zu nennen. Eine Institution zu schaffen, die den IWF für Europa ersetzte und noch darüber hinausgehende Kompetenzen hätte, brächte grosse rechtliche, politische und ökonomische Konsequenzen mit sich. Dies gilt schon jeweils für die Vorschläge aus Berlin, Paris oder Brüssel. Alle würden in Reinform letztlich Änderungen der EU-Verträge erfordern; aber keinem davon dürfte einstimmige Zustimmung unter den Mitgliedern der EU oder auch nur der Eurozone zuteilwerden. Deshalb kann man damit rechnen, dass es wohl dem Namen nach einen EWF geben dürfte; materiell wäre dieser aber nicht sehr viel mehr als ein reformierter ESM.

Das «Volksblatt» gibt Gastautoren Raum, ihre Meinung zu äussern. Diese muss nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

Copyright: Geopolitical Intelligence Services AG, Vaduz, 2017. Die ausführlichere Version dieses Reports finden Interessierte im Media Center auf www.volksblatt.li, weitergehende Informationen zum Thema gibt es auf www.gisreportsonline.com.

Über den Autor

Experte für Europäische Integration

- Professor Dr. Michael Wohlgemuth ist Volkswirt und seit Oktober 2012 Direktor der Denkmanufaktur Open Europe Berlin GmbH sowie apl. Professor für politische Ökonomie an der Universität Witten/Herdecke.
- Er erhielt seinen Master in Volkswirtschaft an der Albert-Ludwigs-Universität,



Michael Wohlgemuth.
(Foto: ZVG)

- Freiburg, machte seinen Doctor rerum politicarum an der Friedrich-Schiller-Universität, Jena, und habilitierte sich im Jahr 2007 in Volkswirtschaftslehre an der Privatuniversität Witten/Herdecke.
- Seine hauptsächlichen Forschungsfel-

der sind die Ökonomische Theorie der Politik (Public Choice), Vergleichende Institutionenanalyse, Evolutorische Theorien institutionellen Wandels, Verfassungsökonomik (Constitutional Economics), Methoden und Geschichte politökonomischen Denkens.

- Konkret beschäftigt er sich mit Europäischer Integration und Globalisierung, Institutionen und Prozessen demokratischer Governance, Globalisierung und Wettbewerb der Rechtsordnungen, Prozessen politischer Meinungsbildung und Wissensvermittlung, Politischer Ökonomie der Reform.